



Sie befinden sich hier: » Märkische Allgemeine » Nachrichten » Brandenburg/Berlin » **Landespolitik**

13.10.2009

LANDTAG: Grüne fordern Stasi-Check

Fraktion will Überprüfung aller Abgeordneten durch Birthler-Behörde



Fraktionsspitze der Grünen

POTSDAM - Auch die kleinste Fraktion könne wirbeln, gab der Bundesvorsitzende der Grünen, Cem Özdemir, vergangenen Freitag beim Landesparteitag in Potsdam seinen Brandenburger Parteifreunden zu verstehen. Offenbar haben die neu in den Landtag gewählten Bündnisgrünen diese Grußadresse als Arbeitsauftrag verstanden: Und so wollen die fünf Fraktionsmitglieder bereits in der konstituierenden Sitzung am 21. Oktober im Landtag ein wenig wirbeln.

„Wir fordern die Überprüfung aller Abgeordneten auf eine Stasi-Tätigkeit durch die Birthler-Behörde“, sagte Marie Luise von Halem gestern im Anschluss an die konstituierende Fraktionssitzung. Ein solches Signal sei „gerade im 20. Jahr der friedlichen Revolution“ ein wichtiges Zeichen. Ein entsprechender Antrag soll am 21. Oktober in den Landtag eingebracht werden.

„Es geht hier nicht um bestimmte Personen, wir wollen eine öffentliche Debatte anstoßen“, sagte von Halem, die kurz zuvor zur stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt worden war.

Der frisch gekürte Fraktionsvorsitzende Axel Vogel ergänzte: Die angepeilte Debatte sei „völlig losgelöst“ von der Diskussion um die einstige Stasi-Tätigkeit von Linken-Fraktionschefin Kerstin Kaiser oder einer rot-roten Koalition zu betrachten.

Die ebenfalls wieder in den Landtag eingezogenen Liberalen halten das Ansinnen für unterstützenswert. „Wir haben in Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen solche Beschlüsse immer mitgetragen. Ich wüsste nicht, warum wir das jetzt anders machen sollten“, sagte der Fraktionsvorsitzende Hans-Peter Goetz der MAZ. „Stellen die Grünen diesen Antrag nicht, machen eben wir es.“ Auch in der CDU-Fraktion wird nach MAZ-Informationen bereits an einem entsprechenden Antrag gearbeitet.

Brandenburg hat den einzigen ostdeutschen Landtag ohne eine entsprechende Regelung. Das Parlament hatte lediglich in der ersten Legislaturperiode seine Abgeordneten überprüfen lassen. Damals waren es zwei Mitglieder der Fraktion von Bündnis 90, die wegen IM-Akten ihr Mandat niederlegten.

In den Ländern Sachsen und Thüringen sind alle Abgeordneten zum Stasi-Check verpflichtet, in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern läuft die Überprüfung auf freiwilliger Basis – ähnlich wie im Bundestag.

Der frühere SPD-Innenminister Alwin Ziel hatte jüngst zwar eine Überprüfung aller Landtagskandidaten als „unangemessene Einschränkung“ des aktiven Wahlrechts bezeichnet. Aber, so Ziel weiter in einem Beitrag auf dem Internetportal [abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de): „Trotzdem sollten sich alle Landtagsabgeordneten überprüfen lassen.“

Die Grünen wollten „keine Opposition um der Opposition willen“ betreiben, sagte Axel Vogel mit Blick auf die Parlamentsarbeit. „Wir werden nicht nur kritisieren, sondern auch alternative Vorschläge vorlegen.“ Das werde sie von der Oppositionsarbeit der Linken unterscheiden. Vogel kündigte an, er werde ebenso wie die ins EU-Parlament gewählte Ska Keller bei der Landesdelegiertenkonferenz am 14. November in Angermünde (Uckermark) nicht mehr für den Vorsitz kandidieren. Wer als Nachfolger antritt, ist noch offen. (Von Torsten Gellner)

Mehr zum Thema

» MAZ vom 13.10.2009: Torsten Gellner über den Vorstoß der Grünen zu einem Stasi-Check für Abgeordnete - Schluss mit der Sonderrolle : <http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/11630264/63629/>

Ihre Meinung ist gefragt!

